

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierzeitlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Herrn Dunder)
Berlin N.O. 55. Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 41.

Berlin, Mittwoch, 21. Mai 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

18. ordentlicher Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (H.-D.). — Militärlasten und Sozialpolitik. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

18. ordentlicher Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (H.-D.).

Der Bericht über die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerkevereine und des Verbandes erstattete der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt. Der Bericht liegt gedruckt vor. Dieser Punkt der Tagesordnung und die Diskussion wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Der Referent bezog sich auf den vorliegenden Bericht und machte dazu erläuternde Bemerkungen. Er schloß seine Rede mit der Versicherung, daß die Verbandsleitung sich bemüht hat, nach besten Kräften ihre Schuldigkeit zu tun, und der Bitte um sachliche Kritik. Die Ansprache war eine überaus ausgiebige, und fast alle Teilnehmer benutzten die Gelegenheit, ihren Wünschen und Bedauern lebhaften Ausdruck zu verleihen. Die Diskussion füllte den ganzen Mittwoch aus. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Um die Wirksamkeit des Verbandes zu erhöhen und die Zusammengehörigkeit der einzelnen Gewerkevereine zum Verbande zu fördern, macht es der Verbandstag dem gemeinschaftlichen Ausschuß zur Pflicht, den Zentralrat über alle bis her zur Beratung von Verbandsangelegenheiten, zur Klärung allgemeiner größerer Fragen und zur besseren Förderung der Verbandsinteressen einzuberufen.“

Lebhaftesten Beifall löste ein Telegramm des Reichstagsabg. Weinhausen aus, in welchem der Verbandstag zu seiner aufrechten Haltung gegenüber den Regierungsvorstreitern beglückwünscht wurde. Diese Gelegenheit benutzte der Vorsitzende, der Presse den Kampf auszusprechen wegen ihrer Haltung in dem Konflikt mit den Regierungsvorstreitern. Die Beurteilung des Vorfalles durch den „Vorwärts“ ignorieren wir. Bedauerlich ist auch die Bemerkung im „Berliner Tageblatt“, der Verbandsvorsitzende sei den Regierungsvorstreitern nachgelaufen. Es muß konstatiert werden, daß dies nicht geschähe und deshalb die Bemerkung des „Berliner Tageblatt“ unrichtig ist.

Am Donnerstag früh wurde die Diskussion über das Referat „Arbeitsnachweise und Arbeitslosenversicherung“ beendet. Nach einem Schlusswort des Referenten, Kollegen Schumacher, in dem auch einige in der Debatte hervorgetretene Mißverständnisse aufgeklärt wurden, fand die von ihm vorgeschlagene Resolution einstimmig Annahme. Ebenso stimmte der Verbandstag nachstehender Entschließung zu:

„Den Ortsverbänden ist eine Anleitung zu geben, auch der sie auf die Errichtung kommunaler paritätischer Arbeitsnachweise und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung hinzuwirken haben.“

Ferner wurde beschlossen, die drei Referate sowie den Tätigkeitsbericht drucken und in Brochürenform als Agitationsmaterial erscheinen zu lassen.

Es folgt dann der Bericht des Verbandssekretärs, Kollegen Böttchhoff, über seine Tätigkeit am Reichsversicherungsamt. Auch dieser Bericht liegt gedruckt vor, jedoch sich der Referent auf eine Ergänzung beschränken konnte. Er erkannte das Entgegenkommen des Reichsversicherungsamtes den Vertretern der Versicherten gegenüber an, beschäftigte sich mit der Rechtsprechung bei Keinen, namentlich Finger- und Augenverletzungen und erklärte seine Ausführungen durch Fälle aus der Praxis. In der Diskussion wurde vom Kollegen Lewin angeregt, darauf hinzu-

wirken, daß die Gewerkevereinskollegen sich mehr als bisher an sozialen Wahlen beteiligen, daß in der Gewerkevereinspresse aufklärende Aufsätze aus der Praxis veröffentlicht und Konferenzen einberufen werden, um die mit der Auskunfterteilung betrauten und in den Versicherungsinstanzen sitzenden Kollegen in die neue Rechtsprechung einzuführen. Sehr beherzigenswerte Anregungen gaben in der Diskussion ferner die Kollegen Bahn, Rohde, Czieslik, Klau, Zahn, Gleichauf, Kessler, Schmidt und Goldschmidt.

Mit besonderem Nachdruck wurde in der Diskussion gefordert, daß durchgesetzt werden müsse, daß zur Begutachtung über die Höhe der festzusetzenden Renten neben den Ärzten auch Sachverständige aus Arbeiterkreisen gehört werden. Dies kam zum Ausdruck in folgender, einstimmig angenommenen Resolution:

„Der 18. Verbandstag fordert zur Reform der Reichsversicherungsordnung die Einführung einer gutachtlichen Klärung von praktisch tätigen Gutachtern aus dem Bereiche des Verletzten, damit nicht ausschließlich der Arzt die Höhe der Renten in Vorschlag bringt. Das Maß der Arbeitsfähigkeit eines Verletzten kann nicht vom Arzt in ausreichender Weise gewürdigt werden, weil dieser nur den körperlichen Zustand feststellen kann. Allein der praktische Gutachter kann beurteilen, in welchem Umfange eine Beschränkung der Arbeitsfähigkeit durch den Unfall eingetreten ist.“

Außerdem wurden noch folgende Anträge einstimmig angenommen:

I.
„Der Verbandstag richtet unter besonderem Hinweis auf die Reichsversicherungsordnung das dringende Ersuchen an die Ortsvereine und Ortsverbände, auf eine intensive Vorbereitung und Beteiligung an den sozialen Wahlen.“

Besonders sollen hierbei die Orts- und Betriebskrankentafelwahlen Berücksichtigung finden, die jetzt auf Grund des Verhältniswahlsystems getätigt werden.

Die Verbandsleitung wird ersucht, die Ortsverbände in aufläuternder Weise nach jeder Richtung zu unterstützen.“

II.
„Der Verbandstag behauptet die oft vorkommenden Ablehnungen der Arbeitersekretäre seitens der sozialen Körperchaften bei der Ausübung von Vertretungen.“

Soweit sich in den einzelnen Fällen die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Protest bietet, soll dieser unverzüglich und nachdrücklich betrieben werden.“

III.
„Der 18. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine richtet an den hohen Reichstag die dringende Bitte, darauf zu bestehen, daß spätestens vom Jahre 1916 ab die Altersrente aus der Invalidenversicherung bereits vom 65. Lebensjahre an gewährt wird.“

Es wurde sodann in der Beratung der in der Tagesordnung enthaltenen sozialpolitischen Anträge eingetreten. Nach Schluß der Debatte darüber wurden folgende Resolutionen angenommen:

I.
„Der 18. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine (H.-D.) Pfingsten 1913 zu Berlin, richtet an den hohen Reichstag die dringende Bitte, die Reichsregierung zu ersuchen, den Gesetzentwurf über Errichtung von Arbeitskammern in der Fassung der Kommision dem Reichstage von neuem vorzulegen. Der Verbandstag bittet den Reichstag diesen Gesetzentwurf anzunehmen.“

Ein Antrag Gleichauf, statt „Arbeitskammern“ „Arbeiterkammern“ zu fordern, wurde in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

II.
„Der 18. Verbandstag begrüßt die Errichtung eines Wohnungsamts durch die Stadt Berlin. Die Wohnungsfrage sollte einer reichsgesetzlichen Regelung unterworfen werden. Der preussische Gesetzentwurf zur Wohnungsreform genügt den Anforderungen an eine moderne Reform der Wohnungsfrage nicht. Vor allem

ist daran zu bemängeln, daß die kleineren Gemeinden von jeder zwingenden Vorschrift frei bleiben sollen. Auch auf dem Lande sind die Wohnungsverhältnisse, namentlich der Arbeiter, die auf den großen Gütern beschäftigt werden, oft außerordentlich schlecht. Die Vorschriften des Wohnungsgesetzes müssen daher alle kleinen Wohnstätten zwingend treffen, gleichviel, ob sie in einer größeren oder kleineren Gemeinde oder auf dem Lande liegen.“

III.
„Der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine macht die Hohe Reichsregierung darauf aufmerksam, daß die in den letzten Jahren andauernd steigenden Preise der notwendigsten Lebensmittel eine große Gefahr bilden für eine ausreichende Ernährung der Arbeitermassen und ihrer meist korpulenten Familien. Der Verbandstag macht ferner darauf aufmerksam, daß die Kaufkraft der Arbeiter durch die starke Inanspruchnahme ihres Einkommens für den Lebensunterhalt sich erheblich vermindert bei Beschaffung notwendiger Gebrauchsgüter, Wohnungen etc. Dies muß natürlich störend auf die Entwicklung der Produktion wirken und alle Gewerbe und den Handel schädigen. Schwere Krisen und Arbeitslosigkeit sind die weiteren Folgen. Der Verbandstag bittet daher, die Reichsregierung möge in Gemeinschaft mit dem Reichstag geeignete Maßnahmen treffen, die der weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise entgegenwirken und wiedererzwingliche Preise herbeiführen. Dies kann geschehen durch folgende Maßnahmen:

1. Aufhebung der Zölle auf Futtermittel zur Verbilligung der Viehproduktion;
2. durch den allmählichen Abbau der Zölle auf Lebensmittel;
3. durch eine verstärkte Förderung der inneren Kolonisation zur Ansiedelung von bäuerlichen Familien und Arbeitern;
4. die Riesenbetriebe in der Landwirtschaft können im wesentlichen nur Körnerbau betreiben. Die Neubildung von Latifundien und Staatsdomänen sollte endlich aufhören. Nur die Ausweitung der bäuerlichen Landwirtschaft wird es möglich machen, durch eine intensive Bodenbewirtschaftung eine ausreichende Produktion von Fleisch, Milch, Butter, Käse, Gemüse, Obst und Geflügel herbeizuführen.“

IV.
„Der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerkevereine erkennt die Wichtigkeit der Wohnungsreform sowie der Reform der Wirtschaftspolitik und einer vernünftigen Vertriebspolitik an und erwartet, daß die Verbandsleitung diese Dinge im Auge behält und die Ortsverbände dauernd mit entsprechendem Material versehen wird.“

Zur Vorbereitung der Wahl der Verbandsbeamten und der Geschäftsfrage wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Krüger, Reichelt, Raab, Schumacher und Sander.

Die Verhandlungen am Freitag eröffnete der Verbandsreferent, Kollege Scholz, der den Bericht über den Abschluß der Verbandskasselle und ihren Nebenlassen erstattete. Er gab einen klaren Überblick über die Finanzlage des Verbandes und die Mitgliederbewegung, die sich in aufsteigender Richtung vollzieht. Er sollte dem Verbandskassierer volle Anerkennung für seine gewissenhafte und pflichttreue Amtsführung und beantragte namens der Verbandsreferenten, demselben Decharge zu erteilen. Diesem Antrage wurde nach kurzer Debatte einstimmig stattgegeben.

Der vom Kollegen Klein darauf gegebene Kasellenbericht kam zu dem Ergebnis, daß im Interesse einer energischen Agitation die Erhöhung der Verbandsbeiträge von 6 auf 8 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr notwendig ist. Der Referent, Kollege Raab, will dagegen von einer Erhöhung der Verbandsbeiträge nichts wissen. Er hält die jetzige Höhe für ausreichend, wenn alle Gewerkevereine ihre Schuldigkeit gegenüber dem Verbande tun. Nach sehr ausgiebiger Aussprache wurde beschlossen, die Beiträge pro Mitglied auf 7 Pf. pro Vierteljahr zu erhöhen. Für die Eisenbahner-Organisation wird der bisherige Satz von 6 Pf. beibehalten.

Ueber die Anträge zum Verbandsorgan referierten die Kollegen Lewin und Krüger. Ersterer gab einleitend einen Ueberblick über seine Tätigkeit in der abgelaufenen Verbandsperiode und suchte den Nachweis zu führen, daß dieselben den Grundgedanken der Organisation und den Beschlüssen des letzten Verbandstages entsprach. Der Doppelcharakter des „Gewerksverein“ als Zentralorgan und Korrespondenzblatt bewirkte es, daß auf der einen Seite rein wissenschaftliches, auf der anderen Seite mehr agitatorisches und aktuelles Material gebracht wurde. Bezüglich der eingebrachten Anträge empfahl er, es bei dem bisherigen zweimaligen wöchentlichen Erscheinen zu belassen. Den sonstigen Wünschen könne dabei sehr wohl Rechnung getragen werden. Kollege Krüger dagegen trat besonders dafür ein, daß das Verbandsorgan wöchentlich nur einmal, aber in doppelter Stärke und Profihorenform herausgegeben werde. Die Aussprache war eine überaus rege und endete damit, daß es bezüglich der Erscheinungsweise so bleibt wie bisher. Die Tätigkeitsberichte, die immerhin eine gewisse Verbindung mit den Ortsverbänden bildeten, sollen künftig dem Verbandsorgan in einer besonderen Beilage beigelegt werden.

Dann wurde ein Antrag angenommen, der Zentralrat möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß für Arbeiterinnen der gesetzliche freie Sonnabendnachmittag festgelegt wird. Das vom Zentralrat genehmigte Komunalprogramm fand sodann auch die Zustimmung des Verbandstages.

Am Sonnabend früh wurden die Anträge, die die Verbandsagitation betreffen, erörtert. Referenten waren die Kollegen Goldschmidt und Gieslik. Die wichtigsten Beschlüsse sind folgende: Zur Errichtung neuer Arbeitersekretariate, bei denen die Erstenmöglichst in finanzieller Hinsicht gesichert ist, leitet der Verband eine einmalige Unterstützung von 300 Mk. Ferner wurde die Erwartung ausgedrückt, daß in denjenigen Landesteilen, wo ein Verbandssekretariat unbedingt nötig ist, eine ausreichende Opferfreudigkeit der Mitglieder die Errichtung auch ermöglicht. Dem Sekretariat in Nürnberg soll der bisherige Zuschuß auch weiterhin gewährt werden.

Ferner beschloß der Verbandstag, eine Preßzentrale einzurichten, die die Tagespresse und auch die Kollegen im Lande mit Material über unsere Bewegung versorgen soll. Im Anschluß daran wurden in einer besonderen Resolution alle Gewerksvereine aufgefordert, dieser Preßzentrale rechtzeitig über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung Mitteilung zu machen, damit sie für die nötige Verbreitung sorgen kann.

Zur Heranbildung tüchtiger Kräfte soll in der nächsten Verbandsperiode ein volkswirtschaftlicher Kursus veranstaltet werden. Außerdem soll die Verbandsleitung der Ausbildung der Kollegen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, wo es zugänglich ist, selbst Kurse veranstalten oder gegebenenfalls mit befreundeten Gruppen dies zu tun. Der Wert des Diskutierflubs fand allseitig eingehende Würdigung. Die Ortsverbände sollen angeregt werden, ihre Gründung und Erhaltung zu fördern. Vor Schluß der Vormittags Sitzung wurde noch Kenntnis genommen von den mit der Deutschen Volksversicherung A.-G. getroffenen Vereinbarungen, deren weitere Beratung dem Zentralrat bzw. einer besonderen Kommission obliegen soll. Zur Sache selbst wurde folgende Resolution angenommen:

Der 18. ordentliche Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) Pfingsten 1913 zu Berlin richtet an alle Gewerksvereine die dringende Aufforderung, Versicherungen bis zu 500 Mk. für den Sterbefall in der Sterbefälle der eigenen Organisation (Verbandssterbefälle) bzw. Sterbefällen der einzelnen Gewerksvereine zu nehmen. Alle übrigen Versicherungen, sofern sie nicht durch die Gewerksvereine selbst eingeführt werden, als auf den Lebensfall wie auf den Tod, auf Kindererziehung, Konfirmations-, Militärdienst-, Töchteraussteuer, gemischte Kinderversicherung auf Tod oder den Lebensfall im 14. Jahre, sind bei der vom Verband im Anschluß an die Deutsche Volksversicherung A.-G. zu betreibenden Abteilung für Volksversicherung zu beantragen. Die Ortsvereinsvorstände und Vertrauensmänner werden durch ihre Hauptvorstände ermächtigt, Versicherungen aller dieser Arten aufzunehmen. Die Höchstgrenze der Versicherungssumme beträgt 1500 Mark. Selbstverständlich sind die Bestimmungen für die Volksversicherung auch auf die nicht organisierten Arbeiter auszudehnen.

Nach der Mittagspause wurde als Meinung des Verbandstages folgende Erklärung abgegeben:

„Der Verbandstag nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den Angriffen der demokratischen Zeitung „Das freie Volk“ auf den Vorstehenden des Verbandstages und den Verbandsvorstehenden und weist diese Angriffe scharf zurück. Auf dem Verbandstage hat niemand um die Gunst der Regierungsräte „gewinnelt“; auch ist ihnen niemand nachgelaufen.“

Darauf wurde die Wahl der Verbandsbeamten und Verbandsrevisoren vorgenommen. Die bisherigen Beamten ebenso wie die Verbandsrevisoren wurden wiedergewählt, zu stellvertretenden Revisoren wurden die Kollegen Stümann, Rühlmeier und Schuster bestimmt.

Bei der Beratung der Anträge zum Statut, über welche die Kollegen Reusiedt und Sander referierten, wurde der Antrag, daß die Ortsvereine verpflichtet sein sollen, dem Ortsverbande anzugehören, abgelehnt, aber eine Resolution angenommen, in der den Ortsvereinen der Anschluß an die Ortsverbände empfohlen wird, weil letztere nur dann in der Lage sind, allen ihren Aufgaben gerecht zu werden, wenn alle Kräfte zusammenwirken. In sehr wirkungsvoller Weise wies dann Kollege Reusiedt auf die Bedeutung der Jugendbewegung hin und beauftragte den Antrag, daß die Gründung und Förderung von Jugendabteilungen im Anschluß an den Jugendbund der Deutschen Gewerksvereine als Aufgabe der Ortsverbände angesehen wird. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. — Die Anträge auf Erhöhung der Ortsverbandsbeiträge wurden abgelehnt; dagegen fand ein Antrag Annahme, daß die Entschädigung für die Ortsverbandsvertreter den örtlichen Verhältnissen angepaßt wird, aber 60 Btg. nicht übersteigen darf. Die Frage der Berufsstrennung wurde eingehend erörtert. Gemäß der auf dem letzten Verbandstage angenommenen Resolution, in der den Hauptvorstellungen der einzelnen Gewerksvereine die strikte Durchführung der Berufsstrennung zur Pflicht gemacht wird, wurden die vorliegenden Anträge durch die Diskussion für erledigt erklärt. — Die Anerkennung der Landes-, Bezirks- und Ausbreitungsverbände soll im Statut zum Ausdruck gebracht werden. — Die Protokolle des Zentralrats sollen den Hauptvorständen zugestellt, die wichtigsten Beschlüsse des Zentralrats eingehender im Verbandsorgan bebrochen werden. — Das Verbands-Adressenverzeichnis soll in der bisherigen Weise weiter herausgegeben werden, die Art der Zusammenstellung wird dem geschäftsführenden Ausschuss überlassen. — Die Wiedererführung der Verbands-Arbeits-tätigkeit wurde abgelehnt. — Das Arbeiter-jahrbuch soll in besserer Ausstattung unter entwerdender Erhöhung des Preises herausgegeben werden. — Der Antrag auf Einberufung von Konferenzen der Beamten wurde dem geschäftsführenden Ausschuss überwiesen. — Zur Annullierung eines Kampanions richtete der Verbandstag an die einzelnen Gewerksvereine den Wunsch, auf ihren Delegiertentagen bzw. Generalversammlungen die alljährlich einmalige Ausgabe von 10 Btg.-Marken zu beschließen. — Der nächste Verbandstag soll wieder in Berlin stattfinden.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die neuen Beschlüsse treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. In die Redaktionskommission wurden neben dem Verbandsvorsitzenden Goldschmidt die Kollegen Gleichauf, Krüger, Sturm und Schumacher gewählt. Wegen eines Angriffs auf den Verbandstag in der „Berl. Volkszeitung“ wird sich der Vorstehende des Verbandstages mit der Redaktion in Verbindung setzen. Nach den üblichen Dankworten ergriff dann der Verbandsvorsitzende noch einmal das Wort, um auf die Anstrengungen der Tagung hinzuweisen, die unter dem Druck einer konfliktspängernden Luft stand. Trotz scharfer Auseinandersetzungen aber besteht jetzt unter allen völliigen Einigkeit. Bei allen Differenzen hat sich gezeigt, daß bezüglich der grundsätzlichen Stellung der Deutschen Gewerksvereine keinerlei Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. In dieser Stellung wollen wir auch festhalten, weil wir der Arbeiterbewegung sind, daß sie allein die Arbeiterbewegung erfolgreich machen kann. Wir befinden uns auf dem richtigen Wege; deshalb wird auch der Sieg unser sein, wenn wir einig zusammenarbeiten, wenn man Vertrauen zur Verbandsleitung hat und sie materiell und moralisch nach besten Kräften unterstützt.

Der Vorstehende des Verbandstages, Kollege Hartmann, dankte sodann allen Teilnehmern für die fleißige Arbeit, an der jeder nach seinen Kräften sein Teil getan hat. Auch der befreundeten Presse sprach er seinen Dank aus, wenn auch einige Enttäuschungen vorgekommen seien. In die Angriffe von gegnerischer Seite sind wir gewöhnt; sie machen auf uns keinen Eindruck. Unbekümmert darum werden die Deutschen Gewerksvereine auf dem beschrittenen Wege weiter gehen. Er schloß mit einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine am Sonntag mittag Punkt 1 Uhr den Verbandstag.

Militärlasten und Sozialpolitik.

Schon einmal haben wir Veranlassung genommen, kurz die Wirkungen zu streifen, die die gewaltigen Seerestforderungen auf die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik haben könnten. Dabei haben wir unserer Beschränkung Ausdruck verliehen, daß die soziale Reform durch die enormen Summen, die Heer und Marine verschlingen, wenigstens auf Jahre hinaus zum Stillstand gebracht werden könnte. In dieser Ansicht muß man noch bekräftigt werden, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie ungeheuer hoch die Beträge sind, die von den einzelnen Staaten für militärische Zwecke aufgewandt werden. Die „Sozial-Fortschritt“ macht darüber interessante Angaben und knüpft daran durchaus zutreffende Erläuterungen. Selbst wenn man, so wird da ausgeführt, des Reiches volle Wehrhaftigkeit wünscht, so ist es doch aus ernstlichen sozialen und wirtschaftlichen Gründen notwendig, sich darüber einmal klar zu werden, was die sogenannte starke Rüstung dem deutschen Volke und überhaupt den Kulturnationen kostet. Das gegenwärtige Wettrüsten zwischen einzelnen Großmächten ist eine sehr ernste Last. Die Stärke einer Nation beruht doch nicht allein in dem äußeren Material von Mannschaften, Kanonen, Schiffen und Festungen usw., sondern vielmehr in den inneren Eigenschaften, Kräften und Vorzügen der Regierungen und Seerführer und Truppenteile, in den Bündnissen und auf der Klugheit und Gewissenhaftigkeit der Völker und ihrer ernsthaften Friedensliebe, endlich auf der Geschicklichkeit, schon im Frieden Reibungen und Streit zu vermeiden und wirkliche Fortschritte der Kultur und Wohlfahrt aller Völker aufrichtig zu fördern.

Jede Zeit hat ihre besonderen Leibel. Im Altertum gab es die Sklaverei. Das Mittelalter litt unter schwarzem Tod, Strauchrittertum und Hexenwahn. Im Jahrhundert der Aufklärung seufzte das Volk unter dem nackten Absolutismus und der verächtlichen Brunnstucht der Fürsten. Die Gegenwart trägt immer schwerer am Militarismus. Einst wird auch dieser überwunden sein und nur noch für den Geschichtsschreiber der großen sozialen Krankheitserscheinungen Interesse haben; — aber welche Leiden werden in der Zwischenzeit die Menschen noch plagen!

Einen Zustand, in dem die Menschheit nicht mehr an den Lasten ihrer kriegerischen Rüstung zu tragen hätte, könnte man noch unserer heutigen Empfindung fast das goldene Zeitalter nennen. Diese Empfindungen werden umso reger, je mehr Opfer verlangt werden. Man mag es eine leidige Notwendigkeit nennen, aber kein aufstrebender Geist wird ohne schmerzliche Gefühle leben, wie der breit und stets mächtiger dahinflutende Strom der Militärausgaben auch in Deutschland immer mehr jene goldenen Quellen in sein Bett zwingt, aus denen reine Kulturaufgaben befruchtet werden sollten. Nach einer Berechnung des Geh. Oberfinanzrates Schwarz aus dem preussischen Finanzministerium brachten für militärische Zwecke auf:

	Deutschland	England	Frankreich	Österreich-Ungarn	Italien	Rußland	zusammen
in Milliarden Mark							
1881/1890	5,6	6,9	8,3	2,7	3,3	5,5	31,3
1891/1900	7,9	8,3	8,5	3,3	3,2	8,0	39,2
1901/1910	11,7	10,7	10,1	4,5	8,8	16,8	63,6
zusammen	25,2	30,9	26,9	10,5	10,8	30,3	134,1

Allein die sechs großen europäischen Mächte haben also in dreißig Jahren für militärische Zwecke über 134 Milliarden, d. i. einhundertvierunddreißigtausend Mill. Mark verwendet. In diesen Militäraufwendungen sind fünftausend Millionen Mk. enthalten, die Rußland für den Krieg mit Japan und viertausend Millionen Mark die England im Burenkrieg ausgab. Die kleine Tabelle zeigt, wie ungeheuer die Rüstungslasten gewachsen sind, obgleich alle Großmächte nicht müde werden, ihre Friedensliebe zu beteuern.

Eine weitere Vermehrung zeigen die Ausgaben für Heer und Flotte nach dem Staatshaushalt der genannten sechs Großmächte für 1912 bis 1913. Geh. Oberfinanzrat Schwarz hat diese neuesten Militäraufwendungen wie folgt zusammengestellt:

	Deutsch- land	England	Frankreich	Österr.- Ungarn	Italien	Russland	Zusammen
in Millionen Mark							
Heer . . .	1086	509	840	408	389	1219	4551
Flotte . .	484	810	387	119	190	355	2444
Zusammen	1570	1408	1227	617	529	1574	6805

Das sind etwa sechshundert Millionen Mark mehr als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Für Deutschland ist dabei die verlangte einmalige Wehrsteuer von tausend Millionen Mark nicht mitgerechnet; ebenso sind hinzuzuzählen rund hundert Millionen Mark für die Verzinsung der zu Rüstungszwecken aufgenommenen Anleihen, weiter die an Militärpersonen zu zahlenden Ruhegehälter. Auch damit sind die unmittelbaren und mittelbaren Aufwendungen des deutschen Volkes für seine Rüstung noch längst nicht erschöpft. Man darf nicht vergessen, daß auch die Gemeinden erhebliche Opfer bringen, indem sie der Militärverwaltung oft unentgeltlich große Liegungsplätze und Kasernen zur Verfügung stellen, deren Kosten durch die Steuerkraft der Bürger aufgebracht werden.

Der Staatshaushalt des Reiches balanciert mit 2886 Millionen Mark. Allein die Vorausgaben für Heer und Flotte beanspruchen hiervon weit mehr als die Hälfte. Da ist es lehrreich, einen Vergleich mit den Kosten der Sozialpolitik des Reiches anzustellen. Im Jahre 1910 haben die Kosten unserer Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 804 Millionen Mk. betragen; die Einnahmen bezifferten sich auf etwa 937 Millionen Mk. Das Reich gab zu diesen Einnahmen nur 52 Millionen Mark; das übrige wurde aufgebracht durch reichlich 428 Millionen Mark Beiträge der Arbeitgeber, rund 366 Millionen Mk. der Arbeiter und 110 Millionen Mk. Zinsen. Es ist vielleicht ratsam, sich auszumalen, was das Reich alles für die Volkswohlfahrt tun könnte, ohne die gewaltigen Militärkosten. Volksgesundheit und Erziehungsweisen könnten auf eine Höhe gebracht werden, die man heute kaum ahnt. Dem Reich wäre es möglich, die Leistungen der Arbeiterversicherung zu verdoppeln und trotzdem die gesamten Kosten zu übernehmen.

Es muß auch der mehrfach erwähnten Anschauung widersprochen werden, als ermöglichte die Festhaltung von Hunderttausenden junger Leute und die vermehrte Einstellung eines wesentlichen Auktions etwa vorhandener Arbeitslosigkeit. Das ist eine Verkennung der Tatsachen. Die Ausübung der Dienstpflicht und die vermehrte Einstellung steigert die Arbeitslosigkeit für Reichsangehörige nur ausnahmsweise, denn je mehr Mannschaften bei der Fahne festgehalten werden, umso stärker ist auch der Zugang ausländischer Arbeiter. Es läßt sich das statistisch nachweisen. Die leergebliebenen Arbeitsstellen werden durch Russen, Polen, Tschechen, Italiener und andere Fremde ausgefüllt. Auch ist es falsch, in anderer Beziehung die betrübende Wirkung der Militärausgaben auf unsere Volkswirtschaft zu überschätzen. Ein mächtiger Strom von Verdienst und Gewinn ergießt sich lediglich auf jene Zweige unserer Volkswirtschaft, die an den Lieferungen für Heer und Marine beteiligt sind. Die breite Masse sieht sich in ihrer Konsumtionskraft durch die vermehrten und von ihr aufzubringenden Militärlasten mehr gehindert als gefördert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich keineswegs gleich bleibt, ob gewaltige Kapitalbeträge für Liegungsplätze, Kasernen und Kriegsschiffe angewendet werden oder ob man für sie Wohnhäuser baut, die Landwirtschaft verbessert, sie dem Gewerbe und der Industrie für die Herstellung von notwendigen Gebrauchsgegenständen zuführt. Das in Rüstungsausgaben fortgesetzt angelegte Kapital entzieht sich der allgemeinen Volkswirtschaft. Dieweil fehlen für ihre notwendigen Aufgaben die Mittel oder sie sind nur unter erheblicher Steigerung des Zinsfußes aufzubringen. Die Produktion wird teurer und mit ihr die Ware; der Hypothekenzinssfuß steigt und mit ihr der Wohnungszinssfuß. Natürlich wirken zu dieser Kreditpannung noch andere Ursachen mit, aber es liegt auf der Hand, daß unser Geldmarkt und unsere produktive Volkswirtschaft durch das ständige Abfließen gewaltiger Kapitalien in das tiefe Meer der Rüstungsausgaben stark beeinträchtigt wird.

Alle europäischen Kulturvölker tragen schwer an diesen Ausgaben; bei allen wird die Befriedigung wichtiger Forderungen der Wohlfahrt zurückverdrängt. Jedes Volk, auch mittlere und kleinere Staaten, sollen wehrhaft, wachsam, stark und auch in den Waffen geübt bleiben und Bündnisse

schließen zur Abwehr, aber man sollte sich doch einmal klar werden über das, was wir in Wirklichkeit tragen. Es würde um die Entwicklung der Menschheit übel bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich wäre, eine Zeit zu überwinden, welche die stärksten Neuzugungen ihrer strahlenden Waffenschlachten, drohenden Panzern und Feuereschiffen zeigt. Alle Kultur der Völker bleibt trauriges Stückwerk, solange diese unter einer Welt in Waffen jeden Tag idlagbereit sich gegenüberstehen!

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. Mai 1913.

In eigener Sache. In ihrer Nr. 226 vom Sonnabend Abend bringt die „Berliner Volkszeitung“ einen Bericht über unsern Verbandstag, der heilige Vorwürfe gegen den Verbandsredakteur enthält. Wir wollen darauf verzichten, in dem von der „Volkszeitung“ beliebten Tone zu antworten, sondern nur einige Feststellungen machen, die jedem unparteiisch Lesenden zeigen, daß das genannte Blatt vollständig daneben haut.

Unser Redakteur soll die liberale Presse beleidigt haben. Tatsächlich hat derselbe ausgeführt, daß die Gewerkschaften bei der liberalen Presse nicht immer die Unterstützung finden, wie man annehmen dürfte. Zwar hat sie in dem Konflikt mit den Regierungsovertrettern, — das müßte anerkennend hervorgehoben werden, — sich rückhaltlos auf die Seite der Gewerkschaften gestellt. Darüber brauche man sich aber nicht zu wundern, denn eine solche Gelegenheit, gegen die Regierung vom Leder zu ziehen, lasse man sich nicht gern entgehen. Auch wenn es sich um die Verbreitung von Lüge und gehaltenen Notizen über die Gewerkschaften handelt, öffne die liberale Presse ihre Spalten. Wollten die Gewerkschaften aber einmal gegen andere Organisationen, mit denen sie im Kampfe liegen, polemisieren oder gar Stellung nehmen gegen das Unternehmertum, dann verläge die liberale Presse häufig. Dafür wurden Beispiele aus Hagen und Königsberg genannt. Juridisch führen sei diese Haltung darauf, daß auch viele Unternehmer Leiter und Inzerenten namentlich der kleineren Provinzialblätter seien.

Reinache wörtlich so haben die Ausführungen gelaute, und daraus konstruiert die „Berl. Volkszeitung“ „alberne und gehässige Unterstellungen“. Ja, sie glaubte sogar soweit gehen zu müssen, ihre Berichterstattung über den Verbandstag einzustellen. Das ist ihr gutes Recht, das ihr niemand nehmen will. Gätte die „Volkszeitung“ einen eigenen Berichterstatter in der fraglichen Sitzung gehabt, so hätte sie sich jene gebilligten Vorwürfe — das nehmen wir zu ihrer Ehre an — sicher erlaubt. Sie hätte dann nicht eine Empfindlichkeit zur Schau getragen, die lebhaft an das Verhalten erinnert, das sie einige Tage vorher mit Recht an den Regierungsovertrettern so scharf kritisiert hat.

Für das Malergewerbe haben am Donnerstag und Freitag in Berlin im Reichstagsgebäude neue Einigungsverhandlungen stattgefunden und zwar unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen, welche bisher die Sache geleitet haben, und unter Einzuziehung von noch vier Vertrauensmännern (2 von Arbeitgeber- und 2 von Arbeiterseite). Das Endergebnis war folgender Schiedspruch:

1. Das Kollegium der Unparteiischen in der nunmehrigen Zusammensetzung von 7 Mitgliedern ist nach reiflicher Prüfung des bisherigen Materials und der von beiden Parteien neuerlich eingereichten Anträge der Auffassung, daß die Möglichkeit einer Verständigung der Parteien nur unter unbedingter Annahme der von den früheren drei Unparteiischen gemachten Vorschläge und Schiedsprüche einschließlich der hierzu abgegebenen protokolllarischen Erklärungen gegeben ist. Daher haben die früheren Vorschläge, Schiedsprüche und protokolllarischen Erklärungen vollständig zu gelten.
2. Bezüglich der abgelehnten Sondertarife wird bestimmt, daß sie bis zu dem hierin vorgezeichneten Wellaufstermin unverändert fortbestehen.
3. Die für jetzt vorgezeichneten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverfügungen treten sofort bei der Aufhebung der Aussperrung in Kraft.
4. In Orten, wo in größerem Umfang Vereinbarungen über die Schiedsprüche hinaus getroffen worden sind, wird es den örtlichen Organisationen anheimgegeben, sich bei den örtlichen Verhandlungen darüber zu einigen, daß diese Vereinbarungen allgemein durchzuführen werden.
5. Die örtlichen Verträge sind vor dem Ortstarifamt innerhalb drei Wochen nach Annahme des Schiedspruches abzuschließen.

6. Die Parteien haben über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruchs sich bis längstens den 22. d. Mts., abends 6 Uhr, zu Händen des Herrn v. Schulz zu erklären.

Arbeiterbewegung. In der Grefelder Seidenindustrie dauert der Streik der Seidenfärber noch immer fort. — Auch in Elberfeld-Barmen sind die Färber in eine Bewegung eingetreten, um eine Lohnerhöhung und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags durchzusetzen. Die Unternehmer verhalten sich zunächst ablehnend unter Berufung auf die Verhältnisse in Grefeld. Bisher wird in drei Betrieben gestreikt; wahrscheinlich wird man aber in den übrigen folgen. — In Chemnitz sind die Färbearbeiter und -arbeiterinnen ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Sie fordern einen höheren Stundenlohn, bessere Bezahlung der Ueberstunden, sowie die Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabendnachtsmittagen. — In der Waiselindustrie zu Nürnberg ist der Kampf ausgebrochen, da die Unternehmer von ihrem ablehnenden Standpunkt nicht abgewichen sind.

Ein hartes Stück von Terrorismus haben sich die Feinleberwerke „Stella“ in Marktredwitz vor kurzem geleistet. Die Arbeiter dieses Betriebes wurden von einem Beamten des Lederarbeiterverbandes zu einer Versammlung eingeladen. Als die Direktion dies erfuhr, ließ sie sofort folgende Warnung unter ihren Arbeitern verteilen:

„Wir erhielten indirekte Mitteilung, daß die Einladung eines Verbandes zu einer heute stattfindenden Versammlung an einen Teil unserer Arbeiter erging. Solchen Bestrebungen stehen wir strikte ablehnend gegenüber. Wir fühlen uns selbst berufen, für eine dauernde und gut bezahlte Beschäftigung unserer Leute zu sorgen. . . . Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben wir uns entschlossen, jeden zu kündigen — wer es auch sein möge — welcher an derartigen Versammlungen teilnimmt und solchen Bestrebungen huldigt, vorausgesetzt, daß er es nicht vorzieht, selbst zu kündigen.“

Stella Feinleberwerke.
Wdr. Günther.“

Die Firma erlaubt sich also, den Arbeitern das Koalitionsrecht einfach zu rauben. Das ist ein so eklatanter Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften, daß der Staatsanwalt alle Veranlassung hätte, dagegen einzuschreiten. Dabei ist es wirklich not, daß die Arbeiter der Stella-Werke einmal aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden. Werden doch in dem genannten Betriebe noch Stundenlöhne von 17 Mks. bezahlt, obwohl die Leitung sich selbst berufen fühlt, „für eine dauernde und gut bezahlte Beschäftigung ihrer Leute zu sorgen“. Das merkt man!

Der Kleinhandel und der Genossenschaftsgedanke. Man kann heute nicht mehr allgemein die Behauptung aufstellen, der Kleinhandel stehe dem Gedanken genossenschaftlicher Organisation vollkommen ablehnend gegenüber. Soweit der Kleinhandel selbst in Betracht kommt, weiß er sogar heute schon hier und da den Wert genossenschaftlicher Arbeit richtig einzuschätzen. Das hindert ihn dann leider aber nicht, den lieben Nächsten einen argen Sünder zu nennen, sofern er vom Genossenschaftswesen als Förderer wirtschaftlicher Interessen die gleiche Meinung hat wie der Kleinhandel. Die Bremer Kammer für Kleinhandel redet beispielsweise in ihrem Jahresberichte mit Stolz über den Fortschritt der Organisation des Kleinhandels und spricht die Erwartung aus, daß der deutsche Detailhandel sich zu einer geschlossenen Macht zusammenfinden möge. Gleichzeitig erklärt man aber, daß die Bremer Kammer für Kleinhandel der Meinung ist, die Konjunktoren möchten nicht nach Mitteln Ausschau halten, bei deren Anwendung die schlechten Zeiten etwas verbessert werden können. Die Kammer erwartet von der allgemeinen Einsicht, „daß in ungewöhnlichen Zeiten von dem einzelnen auch einmal ungewöhnliche Leistungen resp. Entbehrungen verlangt werden können“. Fällt dann einmal etwa von Regierungsstelle eine Aeußerung, die den Detailisten die entfernte Möglichkeit bietet, sie als Empfehlung der Selbsthilfebestrebungen der Konjunktoren zu deuten, so wird den Regierungsstellen gehörig der Text gelesen. Die Bremer Kammer für Kleinhandel bedauert es lebhaft, daß der Reichsfanzler „durch Befürwortung einer Uebernahme der Lebensmittelversorgung durch Kommunen den vielfachen Versuchen einer Ausdehnung des Zwischendhandels eine Art Beglaubigung gegeben hat“. Die ganze Aufregung nur deshalb, weil der Reichsfanzler einmal ein paar Bemerkungen machte, die

gang gewiß nicht der Ausdehnung des Zwischenhandels das Wort reden.

Auf den Zusammenhluß der Konjumenten ist also die Kammer für Kleinhandel in Bremen nicht gut zu sprechen. Nur keine Versuche der Konjumenten, den Schäden des Wirtschaftens durch gemeinsame Arbeit entgegenzutreten! Deshalb predigt man Entregung, wo man für sich selbst nicht gewillt ist, auch nur auf das Geringste dessen zu verzichten, was der Zusammenhluß im Wirtschaftsleben zu bieten vermag. Zeitliche Logik!

Gewerkevereins-Teil.

§ **Rechnung.** In einer am 3. Mai abgehaltenen, gut besuchten Ortsverbandversammlung hielt Kollege **Leue** den Bericht über den Verlauf des Jahres 1910. Der Bericht begann, daß der Verbandstag 1910 der Gewerkevereine sich mit der Schaffung eines Reichsarbeitsrechts beschäftigt und dieses als seine Forderung erhoben hat. Die Arbeit an der Förderung des allgemeinen Kultur hat Deutschland auf die hohe Stufe gestellt, welche es jetzt im Rate der Völker einnimmt. Deutschland ist langsam aus dem Agrarstaat in den Industriefstaat hineingewachsen, denn die stetig wachsende Bevölkerung hat keine Beschäftigung in der Landwirtschaft finden können. Mit der Bevölkerungszunahme hat auch die Steigerung der Produktion gleichen Schritt gehalten. Der Fortschritt hat den Arbeiter mit sich genommen, was namentlich das Kapital durch besondere Forderungen gefördert sei, nur die Arbeitskraft des Arbeiters sei ohne genügendes Gehalt. Der Arbeitsvertrag soll die Garantien für die Erhaltung der Arbeitskraft bilden und die Lohnfrage, Arbeitszeit, Ständigkeit des Arbeitsverhältnisses usw. regeln. Eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheiten ist von ganz besonderem Wert; trotzdem hat man diese Wichtigkeit noch nicht genügend gewürdigt. Es wird auch noch viel Arbeit von unten heraus bedürfen, um ein besonderes Arbeitsrecht zu erlangen. Vom heutigen Arbeiter, der es oft schlechter hat als der Sklave des Altertums, der für den Besitzer ein Kapital war, wird trotzdem ungeheuer viel verlangt. Bei der gewaltigen Entwicklung und Komplexität der Maschinen darf der Arbeiter, der sie bedient, nicht ohne Intelligenz sein, denn dies könnte ihm leicht gefährlich werden. Dabei müssen alle Kräfte angespannt werden. Bei dem Entstand der Betriebe für genügende Arbeitsleistung sorgte, so tun dies jetzt die Kaufleute, die Affordablässe und auch das Prämiensystem, um alles aus dem Arbeiter herauszuholen. Wird dann bei hoher Arbeitsleistung reichlich verdient, dann werden die Preise reduziert, und der Arbeiter, der seinen früheren Lohn erreichen will, muß seine Kräfte nun noch mehr anspannen. Redner verweist sich dann darüber, daß es das gute Recht des Arbeiters ist, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen; denn seitens der Arbeitgeber wird danach gesucht, möglichst billige Arbeitskräfte zu haben. Deshalb finden wir auch im Ruhrrevier Dörfer, wo fast kein Wort deutsch gesprochen wird. Diese Fremden sind Lohnrücker des einheimischen Arbeiters. Redner ging dann auf Einzelheiten des Arbeitsvertrages ein. Bei den Be-

stimmungen für die Arbeiterauschüsse betonte er, daß diese meistens nur auf dem Papier stehen. Ein Streikrecht für die Eisenbahner lehnte Redner ab, denn das gesamte Wirtschaftsleben leide darunter. Dafür müßten denselben aber bessere Arbeitsgarantien gesichert werden. Die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß durchgeführt werden. Der Betrieb arbeite gut, wo ein solches Verhältnis herrscht. Um die nötigen Garantien für die Erhaltung der Arbeitskraft zu erlangen, muß schrittweise daran gearbeitet werden, was die Deutschen Gewerkevereine auch für die Zukunft tun werden. Eine kurze Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Als dann leitete der Vorsitzende mit, daß am 8. Juni ein Ausflug nach Langenmünde stattfindet. Weiter wurde noch über die Abhaltung eines Sommerfestes beraten. **M. Fischer**, Ortsverbandsvorsitzender.

Verbands-Teil.

Veranstaltungen.

Berlin. Disfunktionsflug der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Verbandsversammlung der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kol. **Lewin** über: „Die Verhältnisse des Verbandstages“. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Vereinsrat** (G.-V.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Verhandlung im Verbandsbureau 1, Deutschen Gewerkevereine (Greifswalderstr. 221-23). Gäste willkommen. — **Metallarbeiter III.** Abends 8-10 Uhr, Jahreshaus im Nordwest-Park, III. Moabit 55-56. — **Wäschereiarbeiter und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen bei Schumacher, Schillerstr. 126. Vortrag des Herrn **Lehrer** über: „Jugendpflege“. — **Wäschereiarbeiter und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr, Jahreshaus bei Frau, Buttlersstr. 52. — **Wäschereiarbeiter und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Schönhauser Allee 65. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen **Jäger** über den Verbandstag. 3. Kassenberichte. 4. Berichte über die Fortentwicklung der Kombinierten. 5. Werthaltungsgegenstände.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Durland Gesellschaftshaus, Bremen, Reckenstr. — **Cottbus** (Disfunktionsflug). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Janßen, Sandowstr. 42. — **Essen** (Ortsverband). Sonntag, den 25. Mai, morgens 10 1/2 Uhr bei Weiden, Gärtenstr. 1. Protokoll u. Kassenberichte. 2. Bericht vom Verbandstage. Kollege **Sander**. — **Essen** (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Verhandlung im Verbandsbureau 1, Greifswalderstr. 221-23. — **Essen** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkamp, Eberfeld, Aufseher- und Erholungsstr. 54. — **Essen** (Ortsverband). Sonntag, 25. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, Verbands-Vereinsrat im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221-23. — **Frankfurt a. M.** (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Verhandlung im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 16. — **Frankfurt a. M.** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Disfunktions-

flüge im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Frankfurt a. M.** (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Disfunktionsflug bei Enders. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bierhof“, Bagertstr. 2. Disfunktionsflug. — **Hamburg** (Gewerkevereins-Vereinsrat). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Verhandlung im Verbandsbureau 1, Greifswalderstr. 48-50. — **Hannover** (Ortsverband). Sonntag, den 25. Mai, morgens 9 1/2 Uhr, Disfunktionsflug in der „Königsweide“, Brühlstr. 12. — **Hannover** (Ortsverband). Sonntag, 1. Juni, Tour nach Parfinghausen-Rennhof. — **Hannover** (Ortsverband). Monatsversammlung am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morgens 10 Uhr im Rind bei Herrn Steinmetz. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Hannover** (Gewerkevereins-Vereinsrat). Die Verhandlungen finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Verbandsbureau 1, Greifswalderstr. 25, statt. Gäste und stimmberechtigte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandsbureau 1 bei Herrn Johann Köhler, Sandstr. 88. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Bobendick, Donnerstr. 2. D. V. Bericht des 1. Quartals. Berichte über Wohnwesen. Beschlüsse des letzten Verbandstages. Verschickenes. — **Hannover** (Ortsverband) für das obere Lüneburger Gebiet. Sonntag, den 25. Mai, öffentliche Versammlung in Altdorf. — **Hannover** (Ortsverband). Sonntag, 24. Mai, Ortsverbandversammlung im Verbandsbureau 1, Greifswalderstr. 25. Die Verhandlungen finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal **Rebel**, Poststr. 5, statt. Stimmberechtigte Kollegen herzlich willkommen. — **Hannover** (Ortsverband). Disfunktionsflug. Sitzung jeden Montag, abends 9 1/2 Uhr. **Rebel** u. Donnerstr. 2. Winter 1. Dresden. — **Hannover** (Ortsverband). Disfunktionsflug für Leipzig, Poststr. 5 u. Reimoldenstr. Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Köhler, Schillerstr. 28, Eck Schönebergerstr. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandversammlung bei Rietel, Mauerstr. 62. — **Hannover** (Ortsverband). (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine). Verhandlungen jeden Mittwoch, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Verbandsbureau 1, „Klostergarten“. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Disfunktionsflug in Hermanns Garten. — **Hannover** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Sitzung im Verbandsbureau 1, „Klostergarten“.

Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Verbandsverzeichnis.

Chemnitz (Ortsverband). **M. Groß**, Schriftführer, Greifswalderstr. 13 IV. — **Eberfeld-Warmen** (Ortsverband). **G. Rörber**, Vorsitzender, Barman, Christlichstr. 82. — **Gewerke der Bauhandwerker** (Agitationsleiter). **E. Schütz**, M. Glaback-Holt, Markt. 47. — **Hannover** (Ortsverband). **E. Schütz**, Vorsitzender, Markt. 47. — **Hannover** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unternehmung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Disfunktionsflug bei **Kasseler** & **Walter**, Hagenstr. 44. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben. — **Oberergergebirgischer Ortsverband**, **Ed. Schellert**. Unternehmung an durchreisende Kollegen bei **Ernst Böser jun.** in **Schellenberg**, Metzgerstr. 62. — **Thorn**. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Disfunktionsflug bei **R. Rowalowski**, Thorn, Heiliggeiststr. 7/9. — **W. Stargard** (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 0,50 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer **E. Herrmann**, Markt 32. — **Waldenburg-Altwasser** (Ortsverband). An Durchreisende Unternehmung von 75 Pfg. in **Altwasser** bei **Rudolf**, Friedbergerstr. 29, und in **Waldenburg** bei **Kempke**, Gottesbergerstr. 3. Herbergen in **Altwasser**: **Waldhof**, **Schwarzer Adler**, in **Waldenburg**: **Herberge „Zur Heimat“**. — **Waldenburg** (Ortsverband). Die Unternehmung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausgezahlt bei **Frank Wagner**, Gera, Bärenstraße 11. — **Waldenburg**, **O. Schl.** (Ortsverb.). Durchreisende Ortsverbandskollegen erhalten eine Unternehmung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **Frank**, Markt 5 I.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Feier

von

Stiftungsfesten, Mitgliedsjubläen usw.

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung: das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts

Dr. W. Girsch.

künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 48x58 cm groß, zum Preise von

15 Mk. portofrei.

Bemerken empfehlen wir die vom Bildhauer **Dorn** nach dem Leben modellierten Büste des **Verbandsanwalts** zum Preise von **9 Mk.** für Berlin, und für auswärts mit bahngerechter Anhangspackung

12 Mk., ohne Frachtkosten.

Zum **Wohnungsgeld** für Verbandsangehörige sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in feinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von **50 Pfg.**

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer **R. Klein**, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23 eingezahlt werden.

Matzenau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kassierer **R. Wieland**, Dessingerstr. 15.

Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pfg. bei den Ortsverbandskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer **O. Eppendorf**, Neuf. Bl. Marktstr. 10.

Wag in Böhmen. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunternehmung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstr. 8.

Dahlemburg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufs erhalten in unserem Verbandsbureau zum Nachtlager, Kurfürstenstr. 39 ein Ortsgehalt von 60 Pfg. Zu melden auf dem Bureau, 1. Etage. Dasselbe Arbeitsnachweis für alle Berufs.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunternehmung 75 Pfg. bei **H. Zimmermann**, Trufstr. 17.

Hannover i. Schlef. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unternehmung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer **H. Walter**, Hagenstr. 44. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Oberergergebirgischer Ortsverband, **Ed. Schellert**. Unternehmung an durchreisende Kollegen bei **Ernst Böser jun.** in **Schellenberg**, Metzgerstr. 62.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Disfunktionsflug bei **R. Rowalowski**, Thorn, Heiliggeiststr. 7/9.

W. Stargard (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 0,50 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer **E. Herrmann**, Markt 32.

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unternehmung von 75 Pfg. in **Altwasser** bei **Rudolf**, Friedbergerstr. 29, und in **Waldenburg** bei **Kempke**, Gottesbergerstr. 3. Herbergen in **Altwasser**: **Waldhof**, **Schwarzer Adler**, in **Waldenburg**: **Herberge „Zur Heimat“**.

Waldenburg (Ortsverband). Die Unternehmung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausgezahlt bei **Frank Wagner**, Gera, Bärenstraße 11.

Waldenburg, **O. Schl.** (Ortsverb.). Durchreisende Ortsverbandskollegen erhalten eine Unternehmung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **Frank**, Markt 5 I.

Die Schwindsucht der Arbeiter

ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von Prof. Dr. E. Sommerfeld. 64 Seiten 80.